

Bürgerinitiative kämpft weiter für Lärmschutz an der A 8

■ Aktuelle Messungen und Zählungen sollen Nachbesserungsbedarf in Mutschelbach beweisen.

GUSTL WEBER | KARLSBAD

Die Ergebnisse aktueller Lärm-messungen in Mutschelbach durch ein Fachbüro sowie die Daten der Verkehrszählungen liegen jetzt auf dem Tisch. „Damit ist klar, dass schon bei der Verkehrsfreigabe der neuen Trasse im Jahre 2015 die Bauausführungen bezüglich des Lärmschutzes unzureichend waren“, sagt der Vorsitzende der Bürgerinitiative für gerechten Auto-

bahn-Neubau Mutschelbach (Bi-AM), Reiner Wildenmann. Der Planfeststellung hatten seinerzeit rein rechnerisch ermittelte Werte zugrunde gelegen, die mit der neuen Trasse eine deutliche Verbesserung versprochen – was nicht eingetreten sei.

Schon vor der offiziellen Übergabe der sechsspurigen A8 im Juni 2015 wurden in Mutschelbach Stimmen laut, die über eine deutlich verschlechterte Lärmsituation klagten. Seither dreht sich im Zusammenhang mit den von der Gemeinde und der BiAM geforderten Nachrüstungen das Behördenkarussell auf Landes- wie auch auf Bundesebene. Als Primär-Forderung nennt Wilden-



Problembereich in Sachen Lärmschutz ist die rund 180 Meter lange Bockbachtalbrücke in der Senke bei Mutschelbach. Hier wird eine Lärmschutzwand gefordert. Ebenso die Verlängerung der Erdwälle bis zur Brücke.

FOTO: WEBER

mann nach wie vor die Anbringung einer Lärmschutzwand auf der Ostseite der rund 180 Meter

langen Bocksbachtalbrücke in Richtung Untermutschelbach sowie die Schließung des Erdwalls

entlang der Trasse zur Brücke hin. Die Kosten werden mit rund 700 000 Euro beziffert, wobei die Zuständigkeit beim Bund als Baulastträger liegt. Die Gemeinde ging 2017 mit einer Resolution zur Nachrüstung auf die Behörden zu. Der Erfolg blieb aus.

So beauftragte Karlsbad im vergangenen Jahr die „ITA Ingenieurgesellschaft für Technik und Akustik“ aus Wiesbaden mit Lärmmessungen mittels „Monitoring-Verfahren“ an mehreren Stellen im Ort. Von rund 50 000 Euro Kosten hat die BiAM 10 000 Euro übernommen. Jetzt werde laut Wildenmann bewiesen, dass die Lärmbelastung über den errechneten Werten liege. Erhebli-

che Abweichungen ergaben sich bei der Verkehrsbelastung, die in der Planfeststellung mit rund 93 000 Fahrzeugen täglich angenommen wurde, tatsächlich aber bei rund 123 000 liegt. Und das bei einer Steigerung des lärm erzeugenden Schwerlastverkehrs, der etwa 45 Prozent ausmacht.

Die Gemeinde hat sich laut Wildenmann mit den Werten an Regierungspräsidentin Sylvia Felder gewandt, mit der Bitte, weitere Lärmschutzmaßnahmen zu veranlassen. Die Antwort steht noch aus. Es ist offen, ob die Angelegenheit eine juristische Auseinandersetzung nach sich zieht.